

Breite Koalition von Jungpolitikern gegen den biometrischen Pass. Von links: Nesa Zimmermann (Junge grüne), Cedric Wermuth (Juso), Aline Haldemann (Junge grüne), Roman Rutz (Junge evp), Luca Urgese (Jungfreisinnige), Bernhard Zahner (Junge svp).

PETER SCHNEIDERKREYONE

«Gefährlicher als Facebook»

Jungparteien bekämpfen den biometrischen Pass – Kritik an zentraler Speicherung von Fingerabdrücken

Alle Jungparteien von links bis rechts – mit Ausnahme der Jungen CVP – bekämpfen die Vorlage zum biometrischen Pass. Doch die Gedankensträger in den Jungparteien politisieren bisher an der Mehrheit der Facebook-Generation vorbei.

ANDREAS WEIDMANN

Vor bald einem Jahr schien die Sache klar: Die gestandenen Politiker in National- und Ständerat stimmten dem biometrischen Pass inklusive zentraler Datenbank zu, ein möglicher Volksentscheid schien in weiter Ferne. Doch ein Komitee aus Junger SVP, Jungfreisinnigen und Jungsozialisten ergreif das Referendum – und brachte es überraschend zustande, weshalb am 17. Mai über den biometrischen Pass abgestimmt wird.

Die biometrischen Jungparteien, zu denen inzwischen auch die Junge EVP gestossen ist, sind nicht grundsätzlich gegen einen E-Pass. Sie kämpfen vor allem dagegen, dass auf der zentralen Datenbank für AusweisschriftenkifignebenFoto und übrigen Daten auch die Abdrücke der Zeigefinger gespeichert werden sol-

len. Dies bringe keinen Nutzen, sondern nur ein zusätzliches datenschutzrechtliches Risiko, so die Position des überparteilichen Komitees der Jungparteien, das gestern vor den Medienreferierte. Ein Missbrauch sei trotz allen geplanten Vorkehrungen nicht ausgeschlossen. Neben dem Verzicht auf die Datenbank fordern die Jungparteien, dass zumindest bei der Identifikationskarte die Wahlfreiheit zwischen einem Ausweis mit oder ohne biometrische Daten zwingend erhalten bleiben muss.

Bei Grünen und SP mussten die Jungparteien ihre Mutterpartei nicht vom Nein überzeugen. Die SVP schwenkte auf den Nein-Kurs der JSVP ein – während die Jungfreisinnigen und die Junge EVP abseits der Mutterpartei politisieren.

Junge CVP schert aus

Anders bei den Christlichdemokraten: Als einzige grössere Jungpartei tanzte die Junge CVP aus der Reihe. Sie argumentiert mit ihrer Mutterpartei und den übrigen Pass-Befürwortern mit der höheren Sicherheit, welche die zentrale Speicherung der Fingerabdrücke bei der Passausstellung ermögliche. Aus datenschutzrechtlicher Sicht attestiert sie der Vorlage Unbedenklichkeit.

Besonders aber stellt die Junge CVP die Glaubwürdigkeit der anderen Jungparteien infrage. Diese sei «zumindest sehr eingeschränkt», so lange die Pass-Kritiker bei Angeboten wie Kreditkarten oder Kundenbindungs-Karten von Grossverleihen keine Datenschutzprobleme beklagen, gleichzeitig aber gegen die vergleichsweise harmlose Pass-Vorlage opponierten.

Ähnlich argumentierte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die zurzeit landauf, landab für ihre abstruzgeführte Vorlage wirbt: Im «Bund»-Interview wunderte sich die Bundesrätin, dass ausgerechnet die Jungparteien den biometrischen Pass verhindern wollten. Das Internet-Angebot Facebook etwa sei datenschutztechnisch gefährlicher, und gerade junge Leute würden doch bedenkenlos Privates auf die Community-Plattform laden.

Gerade weil jüngere Leute die neuen Möglichkeiten des Internets intensiv nutzen, stünden sie der Pass-Vorlage kritisch gegenüber, inwieweit die zentrale Speicherung der Fingerabdrücke bei der Passausstellung für das kritische Verhalten jugendlicher Internetnutzer präventive: Juso-Präsident Cédric Wermuth verwies auf die Woge der Em-

pörung, welche den Plattform-Betreibern vor wenigen Wochen entgegen geschwappt war, als sie das Benutzerreglement abändern wollten, um künftig praktisch alleine über die Daten der Nutzer bestimmen zu können. Die Reaktion der User war heftig und – zumindest vor-

BIOMETRISCHER PASS



Abstimmung
17. Mai 2009
abstimmung.derbund.ch

läufig – erfolgreich: Facebook musste die neue Richtlinie zurücknehmen, sie wird nun zwischen Nutzern und Betreibern verhandelt.

Der Vergleich zwischen Facebook oder Kreditkarten und der geplanten zentralen Passdatenbank ist aus Sicht der Jungparteien im Grunde aber gar nicht statthaft: Den wesentlichen Unterschied sehen sie bei der Freiwilligkeit. Anders als bei der Passdatenbank bleibe die Kontrolle über die eigenen Daten im Prinzip beim einzelnen Bürger. Der richtige Vergleich wäre laut Wermuth der mit einer Sammlung aller

persönlichen Passwörter und Benutzernamen für Angebote im Internet. Verfüge nämlich jemand plötzlich über den Fingerabdruck einer Person, könne er eine falsche Identität annehmen – «nur ist das dann noch viel gefährlicher als bei Angeboten im Web», sagte Wermuth.

Allerdings: Mit ihrem Nein scheinen die Jungparteien am jungen Stimmvolk vorbeizureden: Eine Umfrage des Forschungsinstituts GfS Bern zeigte im März eine überdurchschnittliche Zustimmung zum biometrischen Pass bei den jüngeren Wählern: 55 Prozent der 18- bis 39-Jährigen wollten eher oder sicher Ja stimmen, bei den älteren Wählergruppen lag die Zustimmung unter 50 Prozent. Die Zahl der Unentschlossenen allerdings ist bei den Jüngeren relativ hoch.

Luca Urgese von den Jungfreisinnigen erklärt sich das Resultat unter anderem damit, dass ältere Wähler die Fischenaffäre Ende der 80er-Jahre bewusst miterlebten und deshalb für das Thema Datenschutz eine grössere Sensibilität mitbringen.

Um am 17. Mai einen Erfolgserlebnis zu können, müssen Passgegner und -befürworter aber ohnehin vor allem Ältere überzeugen: Denn vor allem sie gehen überhaupt zur Urne.

Kampf gegen die Tigermücke

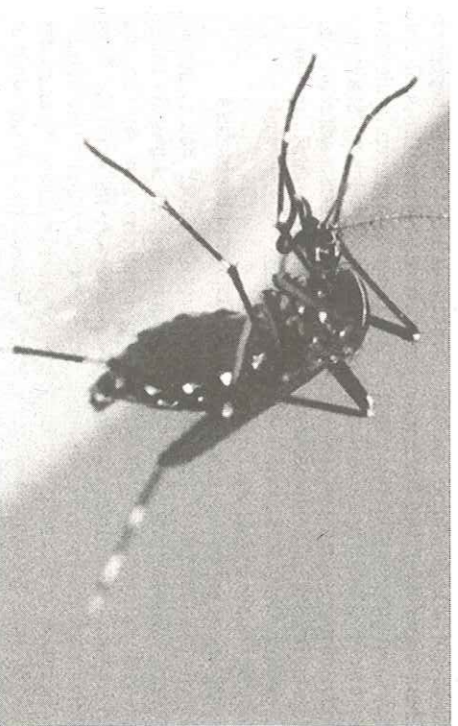
Das Tessin hat, anders als Italien, die potenzielle Trägerin von Infektionskrankheiten bislang im Griff

Die vorbeugenden Schritte gegen die Ausbreitung der Tigermücke im Tessin funktionieren. Dies kommt auch der Deutschschweiz zugute.

GERHARD LOB, BELLINZONA

Seit Jahren ist bekannt, dass sich die Tigermücke im Tessin angesiedelt hat. Bisher noch, ohne mit einem Krankheitserreger infiziert zu sein. Da das Insekt aber potenziell virale Infektionskrankheiten wie das Dengue- oder das Chikungunya-Fieber übertragen kann, ist die Alarmbereitschaft gross. Und daher überwacht der Kanton Tessin die Ausbreitung der Tigermücke systematisch.

Die Verbreitung des Insekts wird an verschiedenen Orten mittels Kontrolle von aufgestellten Fallblatgallen auf Tigermückenlarven ermittelt. Ein besonderes



Die Tigermücke wurde aus Asien nach Europa eingeschleppt. KEYSTONE

und auch das Wasser in Blumen-töpfen stets zu wechseln.

Die entsprechenden Anstrengungen lohnen sich laut dem kantonalen Gesundheitsdepartement.

Gemäss Stefano Padzuweit, dem

ver als bisher bei der Bekämpfung der Tigermücke mithelfen.

In Ravenna war 2007 erstmals eine durch Tigermücken ausgelöste Epidemie von mehreren Hundert

Personen mit Chikungunya-Fieber

CO₂-Abgabe für Sanierungen

GERÄUDE In der Schweiz sollen künftig bis zu 200 Millionen Franken pro Jahr aus der CO₂-Abgabe in die energetische Sanierung von Gebäuden sowie in die Förderung von erneuerbaren Energien im Gebäudereich fliessen. Die Umweltkommission des Ständerats ist mit acht gegen drei Stimmen auf eine entsprechende Vorlage eingetreten. Von der geplanten Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe, die auf zehn Jahre befristet sein soll, erhofft sich die Mehrheit der Kommission einen wichtigen Beitrag an die Erreichung der Klimaziele. Im Gegensatz zum Nationalrat will sie die Kantone jedoch entlasten und sich nicht dazu verpflichten, Beiträge an ein nationales Gebäudesanierungsprogramm zu leisten.

Der vom Nationalrat vorgesehene Beitrag für erneuerbare Energien soll über das bestehende System der Globalbeiträge an die Kantone ausgerichtet werden. Bei diesem können Kantone nur maximal in derjenigen Höhe Globalbeiträge erhalten, in welcher sie bereits selber ein energetisches Massnahmenprogramm finanzieren. (ap)

KURZ

Gegen Initiative
KRIEGSMATERIAL Kriegsmaterialexporte sollen nicht verboten werden. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats lehnt die Gsoa-Volksinitiative mit zehn zu zwei Stimmen ab und folgt damit Bundesrat und Nationalrat. Die Kommissionmehrheit erachte die aktuelle Gesetzgebung als genügend, auch unter ethischen Gesichtspunkten. (ap)

Pestizid-Verbot gefordert
BIENENSTERBEN Die Umweltschutzorganisation Pro Natura hat im Kampf gegen das Bienensterben einen Zulasstopp für bienengefährliche Pestizide gefordert. In Deutschland seien den Mais-Beizmitteln von Bayer und Syngenta Tausende Bienen nützlich zum Opfer gefallen. (ap)

Publica soll vorsorgen
BUNDEPENSIONSKASSE Die einzelnen Vorsorgewerke der Bundespensionskasse Publica sollen mögliche Sanierungsmaßnahmen prüfen. Dies empfiehlt die Kaszenkommission nach Genehmigung des Publikal-Jahresberichts. Die Untereckung sei zwar noch nicht schlimm, weitere Rückschläge seien aber nicht auszuschliessen. Ob die Massnahmen umgesetzt werden müssten, hänge von der weiteren Entwicklung der Finanzmärkte ab. (ap)

Vor Bundesgericht
HARMOS-BESCHWERDE Die St. Galler Gegner des Schulkonkordats Haromos ziehen vor das Bundesgericht. Das teilten sie gestern mit, nachdem das kantonale Verwaltungsgericht ihre Stimmrechtsbeschwerde abgewiesen hatte. (sda)

Einfacheres Bonussystem
«SAUBERE» AUTOS Die ständerratliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie will das von ihr ausgearbeitete Bonussystem für «saubere» Autos vereinfachen. Die Vernehmlassung habe gezeigt, dass Massnahmen des Bundes zur Förderung energieeffizienter und emissionsarmer Autos begrusst würden. Die vorgeschlagene Umsetzung sei aber als zu kompliziert bezeichnet worden. (ap)

Grosszügige Abzüge

WETTERBILDUNG Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung dürfen bald umfassender von den

Beliebter Rotwein aus der Schweiz

REBBAU In der Schweiz sind im vergangenen Jahr 2,8 Millionen Hektoliter (hl) Wein konsumiert worden. Damit blieb der Konsum gegenüber dem Vorjahr fast unverändert, wie das Bundesamt für Landwirtschaft gestern mitteilte. Der steigende Konsum von Schweizer Rotwein (+0,8%) und ausländischem Weisswein (+3%) wurde von einem rückläufigen Verbrauch von inländischem Weisswein und importiertem Rotwein begleitet. Auf den Rotwein entfielen 69 Prozent des Gesamtkonsums.

2008 umfasste die Rebfläche in der Schweiz 14 800 Hektaren (ha). Die mit vollen Rebsorten bepflanzte Fläche breitete sich zulasten der weissen Rebsorten weiter aus und macht nun schon 58 Prozent der Gesamtfläche aus. Das Wallis ist mit 5100 ha Rebfläche der grösste Weinbaukanton, gefolgt von der Waadt (3800 ha) und Genf (1300 ha).

Bei den Rebsorten steht Pinot noir an der Spitze (4400 ha), vor Chasselas (4150 ha) und Gamay